

Armut bedroht auch den Mittelstand

Soziales Wohlfahrtsverbände warnen: Die finanzielle Lage wird für viele Menschen schlechter. Dafür verantwortlich sind viele Faktoren. Die Folgen seien gefährlich für die ganze Gesellschaft. *Von Chirin Kolb*

Prekäre Arbeitsverhältnisse, fehlende und zu teure Wohnungen, höhere Kosten für Pflege, ungleiche Bildungschancen, überbordende Bürokratie, zunehmende soziale Kälte, psychische Probleme: Es sind viele Faktoren, die die Wohlfahrtsverbände nennen, wenn es um die Ursachen und Folgen von Armut geht. Seit 20 Jahren machen sie zusammen mit Kirchen und Gewerkschaften in der sogenannten Landesarmutskonferenz auf das Thema aufmerksam, berichten aus ihrer täglichen Arbeit mit Menschen, die Unterstützung brauchen. Elke Toth, die Leiterin der Diakonischen Bezirksstelle Ulm, fasst ihre Erfahrungen so zusammen: „Die Situation ist nicht besser geworden, sondern eher schlimmer.“

Sie sieht zwar durchaus Verbesserungen in einigen Bereichen. Das Thema Wohnungsmangel zum Beispiel sei inzwischen in der Politik angekommen. Der Wohnungsmangel selbst aber verschärfe sich weiter. Oder das Thema Bildungsgerechtigkeit sei im Teilhabe- und Bildungspaket der Bundesregierung aufgegriffen worden. Insgesamt jedoch werde die Lage schlechter und bedrohe zunehmend auch den Mittelstand.

Wenn Wohnungen fehlen und Mieten steigen, reicht das Problem weit in den Mittelstand hinein, sagt Antje Trosien vom DGB. Ein anderes Beispiel: die Pflegekosten. Wenn ein Mensch gegen Ende seines Lebens einen Eigenanteil von beispielsweise 2400 Euro pro Monat bezahlen muss, übersteige das die finan-



Wohnungsmangel herrscht auch in Ulm. Die UWS baut, wie hier beim inzwischen fertiggestellten Projekt in der Söflinger Straße, bezahlbare Mietwohnungen. Außer ihr bauen aber zu wenige. *Foto: Matthias Kessler*

ziellen Mittel der allermeisten. Müssen die Kinder einspringen, dann seien das „Situationen, die Familien in Verzweiflung stürzen“. Manche, meist Frauen, übernehmen die Pflege dann selbst – mit Folgen: Sie reduzieren im Job, verdienen weniger und bekommen letztlich weniger Rente, von psychischen Folgen und Überlastung ganz zu schweigen. „Dieser Teufelskreis muss unterbrochen werden.“

Besonders von Armut bedroht seien auch Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen, sagt Be-

triebsseelsorgerin Susanne Hirschberger. „Es gibt viele Stellen, von denen man nicht auskömmlich leben kann.“ Diese Beschäftigten haben zudem oft keine Chance, aus ihrer Situation herauszukommen.

Was Bürgergeldempfängern derzeit zusetze, sei die politische Diskussion über Verschärfungen. Ob Forderungen nach längeren Pendelwegen zur Arbeit oder nach Sanktionen bei Meldeversäumnissen. Monika Betz-Albegiani von der Sozialberatung der Caritas empfindet diese Diskus-

sionen als Rückschritt: „Sie hebeln den Gedanken des Bürgergelds aus.“ Ihre Erfahrung ist: „Die Betroffenen nehmen den verschärften Ton wahr.“ Elke Toth hält diese Vorstöße zudem für unverhältnismäßig. „Unter den Bürgergeldempfängern machen die Totalverweigerer weniger als ein Prozent aus.“ Alle würden aber in einen Topf geworfen. Was ihr zudem Sorge bereitet, ist eine hohe Dunkelziffer. Viele Menschen beantragten aus Scham nicht die ihnen zustehenden Leistungen. „Solche Diskussionen verbessern die Situation nicht.“

Bürokratie und lange Wartezeit

Steigende Kosten, fehlende Wohnungen und Bedrohung durch Armut seien alles andere als persönliche Probleme Einzelner, betonen die Vertreterinnen der Verbände. Sie sehen gesellschaftliche und politische Gefahren. „Die Spaltung der Gesellschaft nimmt zu“, sagt Trosien. Rechten Parteien würden weiter Wähler zugezogen.

Ein Problem vieler Menschen sei auch die zunehmende Bürokratisierung, die oft einhergehe mit Personalmangel bei Ämtern und Einrichtungen. Schriftstücke von Behörden sind unverständlich, Anträge dauern Monate, bis sie bearbeitet sind. Um ausstehendes Geld zu überbrücken, müssen andere Hilfen beantragt werden – ein Kreislauf. Auch in den Sozialberatungen stauen sich die Fälle. Mehr Menschen brauchen Unterstützung, sagt Betz-Albegiani. „Auch wir merken: Wir kommen an unsere Grenzen.“

Diskussion über Armutsrisiken

Um Wohnen, Bildung, Pflege, Rente, Frauenarmut und prekäre Beschäftigung geht es in einer Diskussion am Dienstag, 15. Oktober, 19 Uhr im m25, Münsterplatz 25. Sie ist Teil der Aktionswoche „Armut bedroht alle“ statt. Teilnehmen werden: Maria Winkler vom DGB, Debora Schütz-Gaccione von der Vesperkirche, Elke Toth von der Diakonie und Michaela Alka vom Netzwerk Steuergerechtigkeit.